

**Rede der Fraktionsvorsitzenden von
Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag Borken
Gertrud Welper
zur Verabschiedung des Haushalts 2012**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei der Einbringung des heute zu verabschiedenden Haushaltes hat der Landrat dargestellt unter welchen Prämissen die Finanzplanung stehen soll. Aufgrund der überdurchschnittlichen Jahresabschlüsse des Kreises in den vergangenen Jahren, die mit Überschüssen in zweistelliger Millionenhöhe viel Geld in die Rücklagen gespült haben, wollen wir den Städten und Gemeinden zurückgeben, was diese in der Vergangenheit über Gebühr an Kreisumlage entrichtet haben.

Für uns Grüne ist diese Weichenstellung ein Akt der Fairness im Zusammenspiel der kommunalen Familie im Westmünsterland und Ausdruck unseres politischen Selbstverständnisses. Für uns Grüne sitzen Kreis, Städte und Gemeinden im gleichen Boot. Öffentliche Aufgaben können nur erfüllt werden wenn ausreichende Finanzierung vorhanden ist. Wir Grüne wollen einen gesellschaftlichen Konsens über die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens und seiner Finanzierung. Dazu braucht es auch eine Strukturreform der Gemeindefinanzierung mit dem Ziel der bedarfsgerechten Verteilung und einer Verstetigung der Einnahmen. Denn bei aller Freude über die gute Finanzsituation des Kreises im Jahr 2012, die eine deutliche Senkung der Kreisumlage auf das niedrigste Niveau landesweit ermöglicht, dürfen wir nicht vergessen: Dies ist ein vorübergehender Zustand und unsere Rücklagen sind endlich.

Zu den bestimmenden Faktoren des Haushaltes zählt zudem die Landschaftsumlage. Der LWL wird 2011 vermutlich mit einem Defizit von ca. 130 Mio. Euro abschließen. Trotz verbesserter Umlagegrundlagen ist der deutliche Anstieg bei den Kosten für die Eingliederungshilfe der Hauptgrund für das Defizit und damit für die Höhe der Landschaftsumlage.

Eine älter werdende Gesellschaft, die zunehmende Anzahl psychischer Erkrankungen und steigende Fallzahlen bei den Menschen mit Behinderungen sind nur einige Stichworte für die Kostensteigerungen beim LWL. Es ist kaum zu erwarten, dass für diese Aufgaben und den damit verbundenen Kosten Entwarnung gegeben werden könnte. Weitere Einsparungen wird der LWL kaum noch durchsetzen können, will er nicht bewusst Mindeststandards unterschreiten. Kostensteigerungen sind wahrscheinlicher und damit auch eine steigende Landschaftsumlage. In konjunkturell schwierigen Zeiten werden sich hier die Probleme weiter ausweiten und uns an den Rand der Handlungsfähigkeit bringen.

Eine Entspannung wird hier vermutlich nur möglich sein, wenn der Bund sich an der Eingliederungshilfe beteiligt. Seit 2004 liegt hierfür ein Vorschlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge vor: Alle öffentlichen und Freien Träger der Wohlfahrtspflege haben sich also auf ein gemeinsames Konzept verständigt: die Einführung eines Bundesteilhabegeldes. Zum Konzept gehört auch ein Finanzierungsvorschlag. Leider hat der Bund

bislang den Gedanken nicht aufgegriffen.

Dafür mag es nachvollziehbare Gründe geben. Immerhin hat auch der Bund immer weniger Geld. Wenn sich die Gesellschaft aber in derart dynamischer Weise verändert, dann besteht ein gesetzgeberischer Handlungsbedarf. Dies auch dann, wenn die Veränderung scheinbar nur einen kleinen Teil der Bevölkerung betrifft. Es handelt sich dann um eine gesamtstaatliche Aufgabe, für die geeignete Finanzierungsgrundlagen bereitzustellen sind und deren Lasten nicht allein den Kommunen aufgebürdet werden dürfen.

An anderer Stelle hat der Bund geholfen: Die im zurückliegenden Jahr verausgabten Mittel des Konjunkturpakets haben auch im Kreis Borken dafür gesorgt, einen möglichen Investitionsstau zu vermeiden. Mit der einmütig beschlossenen Verlegung von Leerrohren zur Weiterentwicklung von zukunftsfähigen Breitbandverbindungen haben wir die Voraussetzungen geschaffen, dem an vielen Stellen des Kreisgebietes noch vorherrschenden Schneckenverkehr im Internet entgegenzuwirken.

Im Bereich Industrie und Handwerk, Wissenschaft und Forschung wollen wir dazu beitragen, dass weitere Innovationsprojekte vorangetrieben werden. Unter dem Vorsitz der Grünen hat sich gezeigt, dass wir im Westmünsterland auch über parteipolitische Grenzen hin weg, im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen gemeinsam Erfolge erarbeiten können. Wenn wir uns darauf einlassen, auf Energie- und Rohstoffeffizienz sowie auf erneuerbare Energien zu setzen, dann schafft das mehr ökonomischen Fortschritt, mehr Arbeitsplätze und mehr soziale Stabilität als eine Wachstumspolitik, die mit rein quantitativen Kriterien arbeitet. Dies unterscheidet uns Grüne zentral von der FDP, die unreflektiert den Wachstumsbegriff als Mantra vor sich herträgt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Wir werden die Energieprobleme Deutschlands nicht allein im Münsterland lösen können. Das überfordert uns“, lautet die Einschätzung des CDU-Kreisvorsitzende Jens Spahn dazu im Interview mit den Westfälischen Nachrichten. Zugegeben: Allein der Kreis Borken kann die Energiewende nicht gestalten, Kollege Spahn, aber die Energiewirtschaft in unserem Kreis kann dazu großen Beitrag leisten. Denn in unserem Raum ist eine Vielzahl erfolgreicher und innovativer Mittelständler beheimatet, die mit ihren Anlagen dazu beitragen, die Energiewende Wirklichkeit werden zu lassen. Man sollte eigentlich erwarten dürfen, dass sich das mittlerweile auch zu CDU-Bundestagsabgeordneten herumgesprochen hat.

Ein guter Anfang ist da die Resolution zu den völlig unnötigen Atomtransporten von Jülich nach Ahaus, die wir aller Voraussicht nach heute einstimmig verabschieden werden, um damit den Druck auf den Bund zu erhöhen. Wir Grüne begrüßen in diesem Zusammenhang den Kurswechsel, der sich bei Ministerin Schavan andeutet. Ein Verbleib der Brennelemente in Jülich ist die einzige vernünftige Lösung. Deshalb muss es jetzt darum gehen, das Lager dort schnellstmöglich nachzurüsten und für die weitere Zwischenlagerung zu ertüchtigen. Das ist Wille der Landesregierung und aus unserer Sicht möglich. Ein Transport der Castoren quer durch Nordrhein-Westfalen nach Ahaus ist überflüssig und unverantwortlich. Die Grünen werden sich weiterhin dafür einsetzen, dass es nicht zu diesen Transporten ins Zwischenlager Ahaus kommt.

Es ist erfreulich, dass im Umweltausschuss nunmehr einstimmig der von den Grünen geforderte Weg zur Energieautarkie einstimmig beschlossen wurde. Im Rahmen der Teilnahme des Kreises am European Energy Award, einem auf vier Jahre angelegten Prozess zur Weiterentwicklung der Klimaschutzaktivitäten des Kreises Borken mithilfe von standardisierten, anwendungsoptimierten

Instrumenten soll der Weg zur Energieautarkie der Region weiterentwickelt, gestaltet und umgesetzt werden. Ein großer Erfolg, der nicht nur dazu führt, die vorhandenen regenerativen Energiepotentiale effektiv zu nutzen, sondern auch die unterschiedlichsten Akteure von Wissenschaft und Technik, Industrie und Handwerk, Vereinen und Verbänden und Städte und Gemeinden auf Kreisebene mit einbindet und einen Weg zu beschreiten hilft, der vor Jahren noch undenkbar schien. Wir sind auf dem richtigen Weg!

Bei aller Freude meiner Fraktion darüber, dass die Richtung nunmehr stimmt, wollen wir jedoch auch anmerken, dass wir noch längst nicht am Ziel sind. Der Antrag der Grünen, eine Untersuchung der Klimagase aus der Landwirtschaft anzustrengen, wurde von der Mehrheit in diesem Hause leider abgeschmettert. Dabei ist Methan über zwanzigfach klimawirksamer als CO² und die Wirkungen der Klimagase aus den Massentierhaltungen im Kreis sind nicht zu übersehen. Wir Grünen bedauern, dass die Mehrheit im Umweltausschuss hier einen Schritt hinter unser einstimmig verabschiedetes und ambitioniertes Klimaschutzkonzept zurück gefallen ist. Auf Seite 103 heißt es dort nämlich: "Eine Abschätzung der Potenziale zur Reduzierung des Endenergieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft des Kreises Borken ist derzeit nicht leistbar, da wesentliche Grundlagendaten zu Betriebsstrukturen, etc. fehlen. Eine belastbare Datengrundlage hierzu sollte in weiteren Untersuchungen entwickelt werden." Warum wollen Sie diesen Worten keine Taten folgen lassen?

Sie werden der öffentlichen Diskussion über die Entwicklungen in der Massentierhaltung nicht ausweichen können. Auch die Branchenvereinbarung mit der Landwirtschaft hat den Trend zu immer größeren Ställe nicht bremsen können, wie die Anträge auf Tausend-Kühe Ställe in Isselburg oder doppelstöckige Schweineställe in Gronau zeigen. Hier gibt es im Kreisgebiet seit Jahren eine Entwicklung, die der über Jahrzehnte gewachsenen Struktur des Westmünsterlandes nicht bekommt. Der ungeklärte Verbleib der Abfälle aus diesen Ställen - Dünger ist es bei der Menge ja nun wirklich nicht mehr- belastet auch das Grund- und Trinkwasser im Kreis Borken schwer. Bei über der Hälfte der Grundwässer im Kreis sind die Grenzwerte überschritten. Ebenso wie ist die mit großem Tamtam gestartete Allianz für die Fläche bislang ohne Wirkung verpufft, wie die Flächenverbrauchsuhr der Landwirtschaftskammer eindrucksvoll zeigt. Der immense Flächenverbrauch muss auch im Kreis eingeschränkt werden, wir forderten eine konkrete Zielmarke, statt bloßer Absichtserklärungen. Lassen Sie auch hier ihren Worten Taten folgen. Wir Grüne werden auch im kommenden Jahr diese Themen weiter auf die Tagesordnung von Umweltausschuss und Kreistag setzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Dauerthema Flugplatz Stadtlohn-Wenningfeld scheint nunmehr seinen traurigen Höhepunkt zu finden. Es ist Zeit Bilanz zu ziehen und festzustellen, dass ~~sich die~~ den Argumenten der Befürworter des Flugplatzausbaus aus den vergangenen Jahren die Luft ausgegangen ist, statt wie erhofft, der Wirtschaft unseres Raums durch den Luftverkehr einen Schub zu verpassen. Der Kollege Spahn wollte noch zu Beginn dieser Wahlperiode im Flugplatz eine zweite A31 in der Landebahnverlängerung erkennen, unverzichtbar für die Gewerbetreibenden und angeblich ein wichtiger Infrastrukturbaustein. Und heute? Schaut man hinter die Kulissen, bleibt festzustellen, dass es nunmehr nur noch darum geht, die Verluste zu minimieren. Der ‚Gerd Wiesmann International Airport‘ ist entgegen Behauptungen der Befürworter des Ausbaus heute genau das, was die Gegner schon vor dem Ausbau immer wieder postuliert haben: ein Platz für Freizeitflieger. Ihr verkehrspolitisches Abenteuer hat die Steuerzahler bisher rund 6,5 Millionen Euro gekostet und nun kommen weitere 1,6 Millionen Grunderwerbskosten, 300.000 Euro Kassenkredite des Kreises

sowie weitere 170.000 Euro Verlustausgleich für die zurückliegenden Jahre auf den Kreis Borken und die Städte Stadtlohn und Vreden zu.

Die Diskussion im Kreisausschuss in der vergangenen Woche hat gezeigt, dass sich CDU und FDP auch weiterhin an den Gedanken klammern, dass die in den letzten Jahren ausgebliebenen Anstürme von Unternehmen auf den Platz nun doch noch folgen werden. Die Unterlagen von Kreisverwaltung und Flugplatz sprechen jedoch eine andere Sprache: Es sind keine Investoren oder Interessenten in Sicht. Eine konkrete Haushaltsrelevanz entfaltet die Operation ‚Rettet Wenningfeld von dem Bankrott‘ zum Glück nicht, da Landrat und Kämmerei einen vertretbaren Weg gefunden haben, die offenen Forderungen des Kreises Borken als Kapitaleinlage in die Flugplatz GmbH einzubringen. Wir haben keine Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens und wir erkennen auch, dass Frau Dr. Schwenzow und ihre Mitarbeiter unter den gegebenen Umständen am Flugplatz hervorragende Arbeit leisten, aber es wäre an der Zeit, dass die Mehrheitsfraktion endlich einräumt, dass die Aktivitäten des ehemaligen Landrats am Platz wohl als die Geschichte von Gerd dem Bruchpiloten in die Geschichte des Kreises eingehen werden.

Meine Damen und Herren,

im vergangenen Jahr hatte der Kreis Borken zum zweiten Mal die Gemeindeprüfungsanstalt zu Gast, deren Bericht der Rechnungsprüfungsausschuss in seiner letzten Sitzung zur Kenntnis nehmen durfte. Aus Grüner Sicht lässt sich zu Bericht und Empfehlungen der GPA leider in erster Linie festhalten: Viel Lärm um Nichts. Es findet keine konkrete Untersuchung der lokalen Gegebenheiten statt, sondern lediglich eine Betrachtung vom statistischen Mittel her. Zum Teil sind die Ratschläge, die die GPA erteilt aus Sicht unserer Fraktion sogar kontraproduktiv, ~~die~~ wie etwa die Idee Nebenstellen des Jugendamtes zu schließen und sich mit dem Angebot des Kreises aus der Fläche zurückzuziehen. Bedenkt man, dass allein die Präsentation der Ergebnisse der GPA mit einer Rechnungssumme von gut 2.000 Euro zu Buche schlägt, ist die klügste Empfehlung, die die GPA uns geben kann sicher, weniger GPA Berichte erstellen zu lassen. Wir Grüne hoffen, dass bei künftigen GPA-Prüfungen an der Aussagekraft und politischen Nutzbarkeit der Berichte gearbeitet wird, damit diese einen wirklichen Mehrwert für die Politik bieten und nicht nur heiße Luft auf Papier sind.

Genauso wie wir mit den Empfehlungen der GPA zum Angebot des Kreises bei Jugend und Sozialem nicht einverstanden sind, war auch die Zusammenarbeit mit der Kreistagsmehrheit im Jahr 2011 in diesem Politikfeld nicht ganz so einvernehmlich, wie wir es uns wünschen. Gerade das von CDU, FDP und UWG abgelehnte Sozialticket für den Kreis Borken zeigt, dass der Mobilitätsanspruch von Bürgerinnen und Bürgern aus einkommensschwachen Bevölkerungsteilen noch nicht bei allen Fraktionen angekommen ist. Ja, eine Ausgrenzung dieses Personenkreises wird zum Teil bewusst vorgenommen ~~wird~~, wie die Einlassungen der FDP dazu vermuten lassen. Die von CDU, FDP und UWG ungeprüft übernommene Behauptung der Verwaltung, dass ein Sozialticket mit den für den Kreis zur Verfügung gestellten Landesmitteln nicht zu finanzieren sei, geht an der Wirklichkeit weit vorbei. Wer ein „Funticket“ und ein 60plus-Abo finanzieren kann, kann dies natürlich auch beim Sozialticket. Einzig der politische Wille fehlt.

Zynisch mutet diese Argumentation an, wenn gleichzeitig bedacht wird, wie viel Geld der Kreis in den vergangenen Jahren für Beratung im ÖPNV ausgegeben hat, nur um danach mit seinen Plänen vor dem OVG Düsseldorf eine Bauchlandung zu erleben. Mit Glück sind wir am Ende noch einmal mit einem blauen Auge davon gekommen: Die im Rahmen eines Vergleichs mit der Veelker-Gruppe durchgesetzte Direktvergabe von Busfahrleistungen für die RVM hat im Jahr 2011 für helle

Aufregung und viele Sitzungen gesorgt. Unter der jetzt herrschenden Rechtssicherheit muss ein zukunftsfähiges Unternehmenskonstrukt geschaffen werden, welches den beteiligten Kreisen über die Laufzeit der jetzigen Direktvergabe hinaus Rechtssicherheit und Stabilität für den Öffentlichen Personennahverkehr verschafft. Daran werden wir Grüne aktiv mitarbeiten!

Eine dringende Frage der Zukunft wird auch die absinkende Schülerzahl und die damit einhergehende Finanzierung des ÖPNV als Ganzes sein. Hier fordern wir von Verwaltung ein tragfähiges Zukunftskonzept. Im Bereich des SPNV gilt es nicht nur bestehende Zugverbindungen im Kreis zu erhalten und auszubauen, sondern auch den konsequenten Ausbau weiterer Strecken im Rahmen von Reaktivierungen im Zusammenspiel mit unseren niederländischen Nachbarn umzusetzen. Außerdem wollen wir Grüne, dass den Wohngebietsentwicklungen an bestehenden Strecken wie beispielsweise in Gronau mit neuen Haltepunkten zügig Rechnung getragen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei der Unterstützung der AIDS Hilfe Westmünsterland müssen wir akzeptieren, dass sich die gute Arbeit, die dort geleistet wird und die weit über Selbsthilfe für HIV-Positive und an AIDS erkrankte Bürgerinnen und Bürger hinausgeht noch nicht in allen Fraktionen so bekannt ist, wie bei den Grünen. Den Beschluss, die AIDS Hilfe zu einer Vorstellung ihrer Arbeit in den Ausschuss einzuladen und im Anschluss dann über unseren Vorschlag, die finanzielle Unterstützung durch den Kreis leicht zu erhöhen, werten wir jedoch als gutes Vorzeichen für die Zukunft.

Auch die Erfolge des Kreises als Optionskommune im Bereich der Arbeitsvermittlung und die Erfolge im Zusammenwirken von Wirtschaft und Schule sind mehr als zufriedenstellend. Die Zahl der Arbeitssuchenden ist auf einem wirklich niedrigen Stand angekommen. Dennoch bleiben uns hier Herausforderungen für die Zukunft. Die Integration der sogenannten „Schwervermittelbaren“ in den Arbeitsmarkt und die Heranführung des bisher vernachlässigten Potentials der Kinder und Jugendlichen ohne Schulabschluss an das Berufsleben stehen für uns Grüne jetzt ganz oben auf der wirtschaftspolitischen Agenda der Region.

Erfreut haben wir zudem feststellen dürfen, dass die Zuschüsse an die BBS im Haushalt 2012 wieder aufgestockt werden, so dass die drastische Kürzung vom vergangenen Jahr ein einmaliges Ereignis bleibt. Aus Sicht unserer Fraktion ist es für den laufenden Betrieb der BBS dringend notwendig diese zusätzlichen Mittel zur Verfügung zu stellen und investiv bei Ausstattung und Maschinen am Ball zu bleiben. Nur so kann der Erfolg, den wir am Arbeitsmarkt auch beim Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit haben, fortgesetzt werden. In diesem Zusammenhang begrüßen wir auch ausdrücklich die Teilnahme am Programm ‚Übergang Schule Beruf‘ für das die Landesregierung Geld bereitstellt.

Für das kommende Jahr gehört für die Grünen außerdem auch das Thema Integration erneut auf die Tagesordnung. Hier kann der Kreis – gerade in der Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden – seine Leistungen noch deutlich ausbauen und verbessern. Aus diesem Grunde möchten wir, dass die Kreisverwaltung in diesem Jahr einen Bericht zur Situation von Menschen mit Migrationshintergrund im Westmünsterland vorlegt. Zudem sollte der Landrat mit den Städten und Gemeinden die interkommunale Zusammenarbeit in Integrationsfragen neu erörtern und die kreisangehörigen Kommunen auf geförderte Integrationsprojekte hinweisen und soweit gewünscht auch bei der oft schwierigen Antragstellung helfen oder koordinieren. Wir Grünen möchten das Ausländeramt des Kreises zu einer echten Integrationsbehörde weiterentwickeln. Die Potenziale der Menschen mit Migrationshintergrund müssen gezielt wahrgenommen und entwickelt werden.

Ihr Anteil am wirtschaftlichen Tausendfüßler Kreis Borken ist bereits heute Dank einer Vielzahl von Unternehmern mit Migrationshintergrund auch im Rahmen des demographischen Wandels bedeutend.

Meine Damen und Herren,

der Kreistag wird neben dem Haushalt heute auch beschließen, sich mit 250.000 Euro an der Hülshoff Stiftung zum Erhalt einer westfälischen Kulturinstitution beteiligen. Auch wenn die Burg Hülshoff nicht im Kreisgebiet liegt, ist aus Sicht der Grünen Fraktion die Beteiligung an einem überregional so bedeutenden kulturellen Erbe Westfalens ein richtiger und wichtiger Schritt, von dem auch die Bürgerinnen und Bürger des Kreises stark profitieren. Diese gelebte Solidarität zwischen den münsterländischen Kreisen darf aus unserer Sicht durchaus als best practice Beispiel für die Zukunft dienen. Schließlich haben wir erst kürzlich im Rahmen der Festsetzung des Zuschusses für Münsterland e.V. darüber diskutiert, wie wir in der Region von und miteinander profitieren können, um unterm Strich gemeinsam zu gewinnen. Dabei gilt es jedoch, ein kritisches Auge auf die Vermeidung von Doppelstrukturen zu haben und stattdessen ein schlankes aber effektives Regionalmarketing in wirtschaftlichen wie auch in kulturellen und touristischen Fragen zu etablieren.

Warum eigentlich beteiligen wir uns mit dem Projekt des Kulturhistorischen Zentrums an der Regionale 2016? Diese Frage scheint noch nicht bei allen Fraktionen im Haus vollständig angekommen zu sein. Nach mehr als zwei Jahren intensiver und detaillierter Vorbereitung, bei der die Kreisverwaltung – allen voran Dr. Hörster und Frau Gausling – und die Politik ein kulturelles Leuchtturmprojekt für die Region erarbeitet haben, war es enttäuschend zu sehen, dass die Koalition aus CDU und FDP bei der Grundsatzentscheidung im Kreisausschuss nicht geschlossen stand und der Landrat genaugenommen auf die Unterstützung von Grünen und UWG angewiesen war, um eine positive Beschlussempfehlung zu bekommen. Wir Grünen unterstützen den heute zu fassenden Grundsatzbeschluss, weil wir hier im Münsterland eine Weiterentwicklung im Bereich der Kultur wollen, weil unsere Geschichte vielfältig und verwoben ist mit der Geschichte der Nachbarländer. Wir wollen das Wissen um unsere Kultur und Heimatgeschichte bewahren, erforschen und neu präsentieren.

Das Kulturhistorische Zentrum soll zur Drehscheibe für die kulturelle Bildung werden, wie es in dem Konzept angedacht ist. Es ist weit in die Zukunft gedacht und soll die Schulen und andere Bildungseinrichtungen einbinden, Kindern, jungen Menschen und Erwachsenen eine moderne erlebnisreiche Geschichte und Kultur erfahrbar machen. Deshalb muss das Konzept auf solide finanzielle Beine gestellt werden. Selbstverständlich muss dies in einem finanziellen Rahmen passieren, den der Kreis zu stemmen in der Lage ist, aber die guten und belastbaren Vorarbeiten der Verwaltung, sowie die Bereitschaft der Stadt Vreden sich an den Kosten zu beteiligen, dazu zeigen: es geht! Wir dürfen daher gespannt sein, ob die FDP zum wiederholten Mal in der Diskussion um das Kulturhistorische Zentrum umfällt und der Landrat sich auf die Koalitionsmehrheit verlassen kann oder ob sich im kommenden Jahr vielleicht auch neue Fragen dazu stellen werden, ob es überhaupt noch eine Koalition zwischen CDU und FDP im Kreis Borken gibt. Verlässliche Politik scheint man dieser Tage von der FDP eigentlich auf keiner Ebene unseres Gemeinwesens erwarten zu können.

Enttäuschend ist hier aber auch das Taktieren der SPD. Ein Projekt dieser Größenordnung und mit so hohen Ansprüchen und Zielen kann niemals mit einer Rund-um-Sorglos-Vollkasko-Garantie schon zum Zeitpunkt der Grundsatzentscheidung begonnen werden. Aber wir können es sorgfältig

und gut planen und gemeinsam erfolgreich umsetzen. Heute machen wir den ersten bedeutenden Schritt in diese Richtung und wir Grünen wünschen uns, dass dabei auch die SPD mit am gleichen Strang zieht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich habe Ihnen aufgezeigt, was aus Sicht der Kreistagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen im kommenden Jahr politisch vor uns liegt im Westmünsterland. Und ich habe Ihnen ebenso aufgezeigt, wo sie in der Vergangenheit klüger beraten gewesen wären, sich Grünen Positionen und Ideen mehr zu öffnen. Ich verbinde dies mit der Hoffnung, dass wir in diesem Jahr gemeinsam daran arbeiten werden, das Westmünsterland weiter auf der Erfolgsspur zu halten.

Wir danken dem Kämmerer und den Mitarbeitern der Kämmerei nicht nur für die Aufstellung eines soliden Haushalts für das Jahr 2012, sondern ganz ausdrücklich auch für die geleistete Arbeit bei der Aufarbeitung der Abschlüsse der vergangenen Rechnungsjahre. Die Verwaltung unter Landrat Wiesmann hat uns hier kein einfaches Erbe hinterlassen und wir erkennen an, dass nunmehr Transparenz und Offenheit auch bei gelegentlichen Differenzen in der Sache das Miteinander zwischen Landrat, Verwaltung und den Fraktionen des Kreistags bestimmen. Dies ist Grundvoraussetzung für ein gutes Miteinander.

Die Grünen werden dem Haushalt 2012 zustimmen. Dies ist in erster Linie ein ‚Ja‘ zu einem gut aufgestellten Zahlenwerk, welches Fehler aus der Vergangenheit abstellt und eine gute Grundlage für die Arbeit der kommenden Monate bietet. Es ist keine allumfassende Zustimmung zur Politik von Landrat und CDU, dies war wohl auch kaum zu erwarten. Wir verbinden diese Zustimmung mit dem Wunsch, dass in 2012 eher das im Vordergrund steht, was uns verbindet, als das, was uns trennt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.